



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 23.05.2011

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 13 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Weber

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heinkele

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr.Compter
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Zügel

Gäste:

Herr Hoffmann
Presse

Verwaltung:

Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Frau Länge, Ordnungsamt
Frau Markieton, Schriftführung
Herr Mildenberger, Hochbauamt
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Romer, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Wilk, Hochbauamt

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Standort 100-Meter-Bahn	81/2011
2.	Mehrkosten Sportanlage Mettenberg	52/2011-1
3.	Sportflächen am Erlenweg - Vergabe der Tief- und Landschaftsbauarbeiten für die Teilprojekte 3 und 4 - Skaterplatz/Wiese für Spiel und Sport	67/2011
4.	Gaisental-Grundschule Bauliche Erweiterung zur Ganztageschule und Sanierungsmaßnahmen - Vergaben	75/2011
5.	Umgestaltung der Hindenburgstraße - Bauvergabe	78/2011
6.	Stahlsteg für Geh- und Radwegverbindung Parkdeck Tiefgarage Stadthalle - Braithweg (Bauvergabe)	69/2011
7.	Winterdienstbericht 2010/2011	70/2011
8.	Informationen	
8.1.	Straßenreinigungsbericht 2010	68/2011
8.2.	Neubau einer Kinderkrippe im Baugebiet Talfeld - Ergebnis Mehrfachbeauftragung und Beauftragung der Planungsleistungen	
9.	Verschiedenes	
9.1.	Verschiedenes - Innenausbau der Turnhalle Rißegg	
9.2.	Verschiedenes - Parkplatzsituation Bachgasse	

Die Mitglieder wurden am 12.05.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 16.05.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegen die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 81/2011 sowie der Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2011 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion und stellt hierzu fest, dass er zwischen der Einzäunung des Schulareals und der 100 m-Bahn keine funktionale Verknüpfung sehe. Zu den Vor- und Nachteilen einer Einzäunung des Schulhofs werde im September – nach Vorliegen der Planung für das Areal - eine separate Beschlussvorlage in den Bauausschuss eingebracht. Sollte die Beschlussfassung zur 100 m-Bahn solange vertagt werden, bedeute dies eine Verzögerung des Baubeginns um mehrere Monate.

StR Hagel stellt fest, dass es sich bei der Standortfindung für die 100 m-Bahn um einen langwierigen und recht unglücklich verlaufenden Prozess handle. Ein Zusammenhang mit dem Thema "Einzäunung Schulareal" bestehe durchaus, nachdem ursprünglich die Integrierung der 100 m-Bahn in den Pausenhof vorgesehen war. Die CDU-Fraktion favorisiere diesen Standort nach wie vor, einerseits wegen der besseren Anbindung an das Stadion, andererseits weil man den Wegfall des Rasenbolzplatzes an der Adenauerallee, der häufig von Kindern genutzt werde, sehr bedauern würde.

Die dargestellten Gründe für die Verlegung der Bahn würden nicht überzeugen. Auch eine Lärmbeeinträchtigung für die Schüler sei angesichts des klimatisierten und mit einer Lärmschutzverglasung ausgestatteten Schulgebäudes nicht zu befürchten. Die vom PG/WG angeführte, größere Entfernung der Anlage zu den Gymnasien könne ebenfalls kein Argument sein – vor einem Sprint müssten sich die Schüler ohnehin erst gründlich warmlaufen. Der Schulhof biete nun – durch den Wegfall der Kletterhalle – nochmals mehr Platz und könne die 100 m-Bahn ohne weiteres aufnehmen; eine Umzäunung des Geländes halte die CDU-Fraktion dabei für sinnvoll und wichtig, um eine Vermüllung des Areals zu vermeiden. Dies gelte – angesichts der Nähe zum Skaterplatz und den Problemen mit Hundekot - insbesondere für eine Abgrenzung zum Fuß- und Radweg hin.

Seiner Einschätzung nach habe auch die TG diesen Standort für die 100 m-Bahn – deren ursprünglichen Wunschstandort - nur deshalb aufgegeben, weil eine Umzäunung des Pausenhofs seitens der Verwaltung wohl nicht vorgesehen sei. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Verwaltung insoweit Druck auf die Vereine ausgeübt habe, damit diese dem nun vorgeschlagenen Standort an der Adenauerallee zustimmen. Er merkt an, dass die Vorlage auch hier keine Umzäunung vorsehe, die die Bahn vor Müll und Scherben schützt.

Aus den vorgenannten Gründen beantrage die CDU-Fraktion, wie am 19.05.2011 schriftlich dargestellt, eine gemeinsame Beratung und Beschlussfassung in Sachen "100 m-Bahn" und "Umzäunung Schulareal". Eine Verschiebung des Themas bis in den Herbst halte er dabei für unbedenklich – in jedem Fall werde die Anlage zur Sommersaison 2012 nutzbar sein.

StR Keil lässt wissen, dass sich die SPD-Fraktion grundsätzlich mit beiden Lösungen hätte anfreunden können, wobei die regelmäßige und damit die schulische Nutzung zurecht Priorität genieße. Er betont, dass er sich bisher darauf verlassen konnte, dass anstehende Projekte mit den Beteiligten, d. h. in diesem Fall mit den Schulen und Vereinen, abstimmt sind. Insoweit irritiere ihn der von StR Hagel zitierte Schriftverkehr, der den Fraktionen zur heutigen Beschlussfassung nicht vorgelegt wurde.

Auch StR Heinkele ist mit der vorgeschlagenen Lösung nicht besonders glücklich. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung selbst für den Standort im Schulhof eine Abgrenzung der 100 m-Bahn zum Geh- und Radweg hin vorgeschlagen hatte. Eine Umzäunung hält er auch am Standort Adenauerallee für unabdingbar. Immerhin sei das Areal bislang Schauplatz von Trinkgelagen und Drogenkonsum. Darüber hinaus könne die Umzäunung als Abgrenzung zum bestehenden Kinderspielplatz dienen. Er erkundigt sich zudem nach der Lage des in der Beschlussvorlage erwähnten Bolzplatzes.

StRin Sonntag erklärt, die Grünen-Fraktion könne mit der vorgeschlagenen Lösung gut leben, setzt jedoch ebenfalls eine entsprechende Abstimmung mit den Schulen und Vereinen voraus. Vorteile des Standorts an der Adenauerallee sieht Sie in der Nähe auch zu den Gymnasien als auch in der Möglichkeit, die 100 m-Bahn unabhängig vom Stadion zu nutzen. Sie erkundigt sich, ob für den Standort im Schulhof lediglich eine Einzäunung der 100 m-Bahn selbst oder aber des gesamten Schulareals vorgesehen war und stellt hierzu fest, dass die Zugänglichkeit der 100m-Bahn für die Sportler auch außerhalb der Schulzeiten hätte sichergestellt werden müssen. Als Bestandteil der angestrebten Schul- und Sportmeile sollte der Schulhof der Dollinger-Realschule aus ihrer Sicht – ebenso wie bei der Malischule – frei zugänglich sein. Das Publikum werde sich mit der Umgestaltung des Areals ändern, das Angebot vermehrt auch von Familien genutzt werden.

Auch StR Braig hält eine Abgrenzung des Schulareals, zumindest nach Osten und damit zum Fuß- und Radweg hin, für notwendig. Die 100 m-Bahn selbst müsse gegenüber anderen Bereichen zumindest insoweit abgegrenzt werden, dass diese jederzeit uneingeschränkt genutzt werden kann. Nachdem kein Zeitdruck bestehe rät er - wie von der CDU-Fraktion beantragt - dazu, die heutige Beschlussfassung bis zur Entscheidung einer Einzäunung/ Teileinzäunung des Schulareals zu vertagen.

BM Kuhlmann und Frau Christ lassen wissen, die Verwaltung sehe den Bereich rund um das Räumliche Bildungszentrum als Bestandteil der Schul- und Sportmeile und damit als offenes Areal, dessen Angebote (Spielgeräte, Beachvolleyballfeld, Mehrzweckfeld) allen Bürgern offenstehen sollen. Die diesbezügliche Entscheidung liege jedoch beim Gremium und sei im Herbst diesen Jahres auf Grundlage einer entsprechenden Beschlussvorlage zu treffen.

Sie betonen, dass die 100 m-Bahn von der Verwaltung zunächst im östlichen Bereich des Schulareals vorgesehen wurde. Mit der TG habe man diese Lösung abgestimmt und sei sich einig gewesen, dass eine Abgrenzung zum bestehenden Fuß- und Radweg hin in Form eines niedrigen Tierfangzauns mit einwachsender Hecke notwendig wird. Von einem umlaufenden Zaun um das Schulareal sei dagegen zu keiner Zeit die Rede gewesen. Auf Anregung der TG im Februar diesen Jahres habe man die Standortalternative nördlich des Stadions an der Adenauerallee erneut geprüft; die Prämisse der Leichtathletikabteilung – ein geeigneter Zugang zum Stadion - konnte sichergestellt werden. Die Verwaltung sei daraufhin dem Wunsch der TG gefolgt und habe dem Gremium mit der heutigen Vorlage den Standort an der Adenauerallee zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Nachdem das gesamte Sportareal an der Adenauerallee bereits umzäunt sei, bestehe kein Bedarf für eine separate Umzäunung der 100 m-Bahn an diesem Standort; zum benachbarten Kinderspielplatz bestehe ein natürlicher Höhenversatz. Der Bolzplatz in diesem Bereich werde zwar nicht mehr in der bisherigen Form nutzbar sein, eine kleinere, für diesen Zweck ausreichende Wiesenfläche bleibe jedoch erhalten. Sie stellen klar, dass seitens der Verwaltung zu keiner Zeit Druck auf die TG ausgeübt worden sei.

Herr Morczinietz bestätigt dies und betont, dass die Verwaltung großen Wert auf die Abstimmung mit allen Beteiligten gelegt habe.

StR Abele stellt fest, dass offensichtlich unterschiedliche Auffassungen zwischen der Verwaltung als auch innerhalb des Gremiums bestünden, was die Gestaltung des Pausenhofs, die Verquickung der Einzäunung mit der Lage der 100 m-Bahn sowie die Wünsche der TG betrifft. Er schlägt daher vor, Stellungnahmen von den Schulen sowie der TG anzufordern und die Beschlussfassung wie beantragt zu vertagen.

StR Hagel wünscht sich eine sachliche Diskussion des Themas und merkt an, nach seinem Kenntnisstand habe die TG den Standort im Schulhof wegen der fehlenden Umzäunung aufgegeben. Er bittet darum, die Vertreter der TG einzuladen, damit bei diesen nicht der Eindruck entstehe, man habe Ihnen einen Standort aufgezwungen.

Herr Morczinietz lässt wissen, die Stadt habe das Vorhaben mit Herrn Beer als Vertreter der TG abgestimmt. Hierbei sei man davon ausgegangen, dass die Wünsche der TG intern abgeklärt wurden und von Herrn Beer gegenüber der Stadt vertreten werden. Grund für die Verlegung des Standorts sei nach Einschätzung der Stadt insbesondere der Wunsch von Herrn Beer gewesen, für die Sportler eine möglichst kurze Wegeverbindung zwischen dem Auslauf der neuen 100 m-Bahn bis zum Startpunkt der 100 m-Bahn im Stadion zu erhalten.

StR Heinkele bittet darum, auch die Interessen der Schulen zu berücksichtigen. Er erkundigt sich, ob das Stadion durch einen Neubau der 100 m-Bahn am Standort Adenauerallee im Hinblick auf den Schulsport entlastet werde, was Herr Morczinietz durchaus für möglich hält.

BM Kuhlmann stellt fest, dass es sich bei der Neugestaltung des Areals im Zuge des Großprojekts RBZ um eine sehr positive Entwicklung handle und bedauert, dass diese durch Probleme in der Kommunikation nun vorbelastet werde. Er unterstützt daher den Antrag der CDU-Fraktion, die heutige Beschlussfassung zu vertagen und zusammen mit dem Thema "Umzäunung Schulareal" im September zu beraten. Zwischenzeitlich gelte es die Positionen der Schulen sowie der TG zu klären – wichtig sei ihm, dass die Verwaltung die Standortentscheidung positiv begleite.

Ohne weitere Aussprache wird den Anträgen der CDU-Fraktion daraufhin bei 5 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt:

Die Verwaltung erstellt zeitnah eine Vorlage, in der die Umzäunung des Pausenhofes thematisiert sowie Vor- und Nachteile abgewogen werden. Dem Gemeinderat wird eine Beschlussempfehlung vorgelegt.

Der Beschluss zum Standort der 100-Meter-Bahn wird zurückgestellt und zusammen mit der Frage der Umzäunung des Schulareals beschlossen.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 52/2011-1 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann schickt voraus, die Verwaltung habe mögliche Kosteneinsparpotentiale geprüft und – wie vom Gremium gewünscht - in der Ergänzungsvorlage die Ausstattung anderer Sportanlagen in Biberach und den Teilorten dargestellt. Er lässt wissen, dass die geplante Ausstattung dem Status Quo anderer Sportplätze entspreche und bedauert, dass keine deutliche Kostenreduzierung möglich ist. Kleinere Einsparungen würden sich lediglich z. B. bei den Parkplätzen erzielen lassen. Auf den Erdwall wolle man, aus den in der gutachterlichen Stellungnahme dargelegten Gründen, nicht verzichten. Er betont, dass auch die Verwaltung mit der Kostenentwicklung der Sportanlage Mettenberg nicht glücklich sei.

StR Abele hält die Mehrkosten der Maßnahme dank der Ergänzungsvorlage nun für nachvollziehbar. Er betont den Stellenwert des Sportplatzes für die Mettenberger, weshalb die CDU-Fraktion das Projekt trotz der Mehrkosten mittragen werde. Die Verwaltung bittet er jedoch, aus dieser Erfahrung zu lernen. Die Planung anderer Projekte, wie des Räumlichen Bildungszentrums, sei deutlich besser gelungen. Für löblich hält er, dass die Verwaltung mögliche Kosteneinsparpotentiale geprüft habe und spricht sich dafür aus, diese auch zu nutzen. Zum abgelehnten Förderantrag bittet er die Gründe darzulegen.

StRin Kübler lässt wissen, die SPD-Fraktion habe angesichts der Mehrkosten Einsparungen gefordert, die jedoch zu keiner weiteren Verzögerung des Projekts führen dürften. Sie stellt fest, dass der Sportplatz in Stafflangen im Vergleich lediglich 275.000 € gekostet habe und erkundigt sich nach den Gründen für den immensen Kostenunterschied. Die in der Vorlage aufgezeigten, möglichen Einsparungen von 30.000 € hält sie angesichts der Gesamtkosten doch für sehr gering. Sie bittet daher zu prüfen, ob auch in Mettenberg, wie damals in Stafflangen, Eigenleistungen denkbar sind.

StR Heinkele dankt für die schnelle Ergänzung der Vorlage und lobt insbesondere die nun beigelegte Anlage 2. Einen Vorwurf müsse sich auch die Ortsverwaltung bzw. der Ortschaftsrat gefallen lassen, die nicht bemerkt hätten, dass die in der Kostenprognose dargestellten Einzelpositionen unvollständig sind. Mit den Kosten von vor etlichen Jahren hergestellten Sportplätzen würden sich die heutigen Baukosten kaum mehr vergleichen lassen. Er trägt die Herstellung des Erdwalls mit und erkundigt sich, ob die geplante Höhe des Ballfangzauns zur B 30 hin ausreichend bemessen sei.

BM Kuhlmann bestätigt dies – die gewählte Höhe entspreche der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschrift.

StR Weber dankt dem Gremium auch im Namen der Mettenberger Bürger und betont, dass auch der Ortschaftsrat angesichts der Mehrkosten erschrocken sei. Diese seien jedoch notwendig, um das Spielfeld für die Zukunft zu rüsten. Die Bepflanzung des Erdwalls sagt er in Eigenleistung durch den Ortschaftsrat und den Sportverein Mettenberg zu.

StR Braig merkt an, die Errichtung des Spielfelds ohne Bewässerungsanlage wäre einem Schwabenstreich gleichgekommen. Die Planung entspreche den bestehenden Standards, weshalb er der Maßnahme zustimme.

OV Krause betont, die Sportanlage sei im Vergleich zu anderen Sportplätzen in Biberach allenfalls durchschnittlich ausgestattet. Die höheren Kosten seien zum Großteil durch die geologischen Verhältnisse vor Ort und die Nähe zur B 30 bedingt. Diese Nähe mache auch den Erdwall nötig, um die Lärmeinwirkung zu reduzieren. Der breitere Weg entlang des Sportplatzes sei einer problemlosen Bewirtschaftung geschuldet. Er gibt zu bedenken, dass der Platz bei einer weiteren Zeitverzögerung nicht mehr in diesem Jahr eingesät werden könne und bittet das Gremium daher um Zustimmung.

StR Keil erklärt, die SPD-Fraktion komme dem Verein hinsichtlich des Erdwalls entgegen. Sollten weitere Maßnahmen wie der Bau eines Vereinsheims bzw. eine Erweiterung der Umkleiden anstehen - wie von vielen Eltern wohl gewünscht - bittet er diese zeitnah in den Ortschaftsrat einzubringen, so dass man rechtzeitig in die entsprechende Planung einsteigen könne.

BM Kuhlmann merkt an, der Kostenvergleich mit anderen Sportplätzen gestalte sich angesichts unterschiedlicher Bedingungen vor Ort (Topographie etc.) schwierig. Für den Bau eines Vereinsheims liege der Verwaltung bereits eine Anfrage vor – im Bebauungsplan sei ein entsprechendes Baufeld ausgewiesen. Von der heute zu beschließenden Herstellung des Sportplatzes sei dieses Thema jedoch unabhängig.

OV Krause hält Eigenleistungen grundsätzlich für denkbar, der Verein sei hierfür selbstverständlich offen. Die Art und Höhe der Eigenleistungen würden sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht beziffern lassen.

Herr Morczinietz erläutert zum abgelehnten Zuschussantrag, das Land Baden-Württemberg habe für das Jahr 2011 insgesamt 13 Mio. € an Sportfördermitteln zur Verfügung gestellt, die auf die antragstellenden Gemeinden aufgeteilt würden. Eine besondere Begründung, weshalb eine Maßnahme berücksichtigt oder nicht berücksichtigt werde, erfolge nicht. Den Zuschussantrag habe man rechtzeitig gestellt, der konkrete Eingang des Antrags spiele bei diesem pauschalierten Förderungssystem für die Zuteilung keine Rolle.

Auf Anfrage von StR Braig erklärt er, eine Förderung des WSB komme nur in Betracht, wenn ein Verein als Bauherr auftrete – dies sei hier jedoch nicht der Fall.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Den in der Vorlage dargestellten Mehrkosten in Höhe von ca. 260.000 € wird zugestimmt.**
- 2) Der Bereitstellung von Mehrkosten in Höhe von 183.000 € (Herstellung Rasenspielfeld) für das Haushaltsjahr 2011 wird zugestimmt.**
- 3) Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 183.000 € erfolgt durch eine überplanmäßige Rücklagenentnahme.**
- 4) Für die Stellplätze und die Zufahrt entstehen Kosten in Höhe von ca. 77.000 €. Die Mittel hierfür werden für das Haushaltsjahr 2012 beantragt.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 67/2011 zur Beschlussfassung vor.

StR Abele hinterfragt die Kosten und bittet um eine transparentere Darstellung insbesondere der Baunebenkosten, die ihm ausgesprochen hoch erscheinen.

StR Keil lässt wissen, auch er habe angesichts der Kosten kurz gestutzt – die Arbeiten würden jedoch nicht nur eine einfache Verlagerung des Skaterplatzes sondern zudem erhebliche Erdbewegungen auf einer großen Fläche beinhalten.

Herr Rechmann erläutert, die Gesamtmaßnahme umfasse neben der reinen Verlagerung des Skaterplatzes auch die notwendige Entwässerung sowie eine umfangreiche Veränderung der Freiflächen – die Neuanlage von Wiesenflächen bzw. Verbindungswegen. Er lässt wissen, dass die Baunebenkosten in Höhe von 90.000 € neben dem Architektenhonorar auch geologische Leistungen und die Vermessung beinhalten. Die in der Vorlage ausgewiesenen Honorarkosten aus dem Vorjahr seien in diesem Betrag ebenfalls bereits enthalten. Auf die Gesamtkosten bezogen seien Baunebenkosten in Höhe von 15 - 20 % absolut üblich, sofern – wie hier – mehrere Ingenieurleistungen erforderlich werden. Denselben Anteil hätten die Baunebenkosten auch bei der Errichtung der Leichtathletikanlage bzw. dem Kunstrasenplatz eingenommen.

BM Kuhlmann weist ergänzend darauf hin, die HOAI sehe Honorarsätze entsprechend der Aufgabenschwere vor, die nach den Baukosten zu ermitteln seien. Fakt sei, dass eine Planung im Haus – d. h. durch das jeweilige Fachamt selbst – immer kostengünstiger sein wird als eine Fremdvergabe dieser Leistungen.

Auf die Bitte von StR Abele **sagen** BM Kuhlmann und Herr Rechmann ein Seminar zur HOAI **zu**.

StR Hagel erkundigt sich nach den Erfahrungen mit der Bodenqualität im Bereich des Räumlichen Bildungszentrums.

Herr Rechmann und Herr Hoffmann informieren, im Bereich der Leichtathletikanlage sei ein Bodenaustausch in größerem Umfang erforderlich geworden. Hier hätten bereits die im Vorfeld durchgeführten Schürfungen flächenhaft Torflinsen gezeigt, die zu starken Setzungen führen. Die im Bereich der Leichtathletikanlage verwendeten, hochwertigen Kunststoffflächen seien diesbezüglich recht empfindlich, weshalb es eine fundierte Grundlage zu schaffen galt. Im Bereich des Skaterplatzes seien dagegen weniger Probleme mit dem Baugrund zu erwarten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tief- und Landschaftsbauarbeiten für die Teilprojekte 3 und 4 – Skaterplatz/ Wiese für Spiel und Sport werden an die günstigste Bieterin, die Firma Grüner und Mühlshlegel GmbH Co. KG, Biberach, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 28. April 2011 unter Berücksichtigung der drei Nebenangebote mit einer Brutto-Angebotssumme von 287.542,73 Euro vergeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 75/2011 zur Beschlussfassung vor.

Auf die Frage von StR Rieger führt Herr Kopf die geringe Bieterzahl auf die gute Auslastung der Firmen für den ausgeschriebenen Ausführungszeitraum zurück.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Es werden die Arbeiten **Dachsanierung Haus E** zum Angebotspreis in Höhe von 206.835,42 € an die Firma Breuer, Schemmerhofen vergeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 78/2011 zur Beschlussfassung vor.

StR Abele signalisiert seine Zustimmung, erkundigt sich jedoch, ob für die Sanierung der Jugendkunstschule abgesehen von den berücksichtigten 2.100 € noch weitere Kosten entstehen werden.

StR Keil stellt fest, dass in der Viehmarktstraße Fußgänger immer wieder wegen kommerzieller Aktionen im Gehwegbereich auf die Fahrbahn ausweichen müssen. Er befürwortet die Umgestaltung, vergewissert sich jedoch, dass der Gehweg insbesondere auch für Kinderwägen und Rollstuhlfahrer ausreichend breit bemessen ist.

StRin Sonntag begrüßt die Maßnahme und merkt an, die Situation in der Viehmarktstraße zeige deutlich, dass ein vermehrter Fußgängerverkehr auf der Straße dazu beitragen könne, den Fahrverkehr zu entschleunigen und vielleicht sogar zu mindern. Für problematisch hält sie jedoch die Verlegung der Fahrradabstellplätze, wodurch die Räder künftig im Kurvenbereich der Viehmarktstraße/ Hindenburgstraße stehen würden. Sie stellt fest, dass es, gerade im Zugangsbereich zur Fußgängerzone, nach wie vor an Fahrradabstellplätzen fehle und bittet vor diesem Hintergrund, die Notwendigkeit der beiden geplanten PKW-Stellplätze nochmals zu überdenken. Die besten Verkaufslagen seien nachgewiesenermaßen ohnehin dort, wo es keinen ruhenden Verkehr vor den Geschäften gebe.

BM Kuhlmann merkt hierzu an, die Entwurfsdiskussion habe man bereits geführt und abgeschlossen. Die Verlegung der Fahrradabstellplätze sei insbesondere auch vom Ordnungsamt aus Sicherheitsaspekten angeregt worden. Auf die Frage von StR Keil erläutert er, die Gehwegbereiche würden deutlich verbreitert, beinahe verdoppelt. Er betont zudem, dass kommerzielle Aktionen auf öffentlichen Verkehrsflächen einer Sondernutzungserlaubnis bedürften, deren Ausmaß durch das Ordnungsamt gesteuert werden könne.

Herr Rechmann erläutert, für die energetische Sanierung der Kellerdecke der Jugendkunstschule habe das Hochbauamt 25.000 € in den Haushalt eingestellt – entsprechende Angebote in dieser Größenordnung seien eingegangen. Die hierfür im Rahmen der Umgestaltung der Hindenburgstraße eingestellten Mittel von 2.100 € würden lediglich das Abräumen der Fläche beinhalten.

BM Kuhlmann stellt ergänzend fest, die Sanierungsmaßnahme an der Jugendkunstschule sei bereits seit geraumer Zeit vorgesehen – den Zeitpunkt der Umsetzung habe man jedoch bewusst mit der Straßensanierung abgestimmt.

StR Nuding bittet darum, mit der Maßnahme nach Möglichkeit direkt nach Schützen zu beginnen und diese bis zum Ende der Sommerferien abzuschließen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tiefbau- und Pflasterarbeiten für die Umgestaltung der Verlängerung der Hindenburgstraße werden an die günstigste Bieterin, die Firma Grüner + Mühschlegel, Biberach, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 20. April 2011 in Höhe von 203.107,20 € vergeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 69/2011 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erinnert an das vom Gremium beschlossene Gestaltungskonzept für das Parkdeck der Tiefgarage Stadthalle aus dem Jahr 2007, das als wesentlichen Bestandteil die Wegeverbindung vom Braithweg über die Kolpingstraße hinweg in Richtung Wolfental vorsehe. Die Umsetzung dieser Verbindung sei nun – nach der zuletzt hohen Arbeitsbelastung im Tiefbauamt – möglich.

StRin Kübler stellt fest, dass es im Bereich des Zebrastreifen über die Kolpingstraße immer wieder zu gefährlichen Situationen komme und die anschließende Rampe auf das Parkdeck der Tiefgarage unglücklich geraten sei. Fußgänger könnten diese nur bedingt nutzen, für Radfahrer sei die Rampe schlicht zu steil. Sie bittet die Verwaltung daher, sich über eine anderweitige Gestaltung der Rampe Gedanken zu machen, da ansonsten auch kaum jemand den Stahlsteg nutzen werde.

StR Rieger schließt sich dieser Ansicht an und spricht sich ebenfalls für eine Umgestaltung der Rampe aus. Auch die von der Kolpingstraße nach links in den Radweg abbiegenden Radfahrer sähen sich einem Hindernis gegenüber. Abgesehen hiervon stelle der Stahlsteg jedoch die logische Fortsetzung des Radweges aus dem Wolfental dar und sei daher äußerst begrüßenswert.

StRin Sonntag teilt die Meinung ihrer Vorredner zur Rampe an der Tiefgarage, die im Übrigen auch für Rollstuhlfahrer und Kinderwägen untauglich sei. Nachdem die Kolpingstraße in diesem Bereich zwischenzeitlich einspurig ausgestaltet und damit für Radfahrer die Fahrt auf der Kolpingstraße wieder sicherer sei, würden diese oft den Weg über die Kolpingstraße bis vor zur Theaterstraße wählen.

BM Kuhlmann stellt fest, dass man die Diskussion bezüglich der Rampe schon einmal geführt habe. Mit dem ankommenden Fuß- und Radweg müsse das höherliegende Niveau der Tiefgarage überwunden werden. Aus Sicherheitsaspekten habe man sich dabei bewusst gegen eine fahrbare Rampe entschieden, um die Radfahrer zum Absteigen und zum fußläufigen Überqueren der Kolpingstraße zu zwingen. Andere, für den Radfahrer komfortablere Lösungen, würden unweigerlich zu Gefahrensituationen bei der Querung der Kolpingstraße führen. Er betont, dass mit dem Bau des Stahlstegs das fehlende Teilstück für die Fuß- und Radwegeverbindung zum Landratsamt bzw. zu den Schulen geschlossen werde.

Auf die Nachfrage von StRin Kübler betont er, der Höhenunterschied sei auch mit dem Kinderwagen – wenn auch mit einer gewissen Kraftanstrengung - zu bewältigen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss bei 1 Enthaltung mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die Stahlbauarbeiten mit Fundament und Erdarbeiten werden an die günstigste Bieterin, die Firma Gabler Nachf., Biberach auf der Grundlage ihres Angebotes vom 29. April 2011 in Höhe von 123.187,13 € vergeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 70/2011 zur Beschlussfassung vor.

Herr Merkle geht nochmals auf die Kernpunkte des Winterdienstberichts ein. Bereits am 15. Dezember hätten die Salzlieferanten darauf hingewiesen, dass kein Streusalz mehr zur Verfügung stehe. Die Folge seien astronomisch hohe Kosten für Streusalz, obwohl man den Salzverbrauch selbst deutlich reduziert habe. Vor diesem Hintergrund spricht er sich für eine deutliche Aufstockung der Salzlagerkapazitäten auf dem Bauhofgelände aus. Hierzu schlägt er vor, einerseits das alte, marode Salzsilo mit 50 cbm durch ein neues Silo mit 75 cbm zu ersetzen. Zum Haushalt 2011 werde zudem die Errichtung einer zusätzlichen Salzlagerhalle vorgeschlagen, deren Baukosten in Höhe von 200.000 € sich innerhalb von 5-10 Jahren amortisieren würden.

BM Kuhlmann als auch die einzelnen Fraktionen danken dem Baubetriebsamt für die geleistete Arbeit.

StR Deeng spricht sich dafür aus, die flexible Winterdienstverstärkung beizubehalten. Der Rückgang der Winterdienstgesamtkosten sei erfreulich, das mafiaartige Geschäft mit dem Streusalz jedoch ärgerlich. Vor diesem Hintergrund befürwortet er den Neubau einer Salzlagerhalle als konsequent und richtig. Er erkundigt sich, wie lange Streusalz gelagert werden könne, ohne zu verklumpen, spricht sich für die Ersatzbeschaffung des Salzsilos aus und signalisiert seine Zustimmung zur Beschlussvorlage.

StR Nuding hält eine Aufstockung der Salzlagerkapazitäten angesichts der unangemessenen Preissteigerungen in den Wintermonaten ebenfalls für notwendig. Ihn interessieren die konkret geplanten Lagerkapazitäten sowie – im Hinblick auf die zeitlich begrenzte Lagerungsmöglichkeit von Streusalz - für welchen Zeitraum diese ausgelegt sein werden. Er erkundigt sich, ob das Salz eventuell günstiger aus anderen Ländern (Österreich etc.) bezogen werden könne und möchte wissen, ob Flüssigmittel in den nächsten 10-15 Jahren an Bedeutung gewinnen könnten. Für diesen Fall sei die Lagerhalle bzw. das neue Salzsilo nicht geeignet. Der Beschlussvorlage stimmt er zu.

Auch StR Rieger befürwortet den Neubau des Salzsilos bzw. der Lagerhalle, um nicht mehr erpressbar zu sein. Er fragt sich, ob eine Sammelbestellung bzw. eine gemeinsame Bevorratung von Streusalz mit anderen Gemeinden zu Preisvorteilen führen könne.

StR Weber bittet darum, angesichts der Auswirkungen für die Natur Streusalz nur im unbedingt notwendigen Umfang einzusetzen, stimmt dem Lagerhallenneubau jedoch zu. Er stellt fest, dass sich an den extremen Wetterlagen der Klimawandel zeige, auf den es endlich zu reagieren gelte.

StR Braig betont den Stellenwert einer barrierefreien Stadt und befürwortet vor diesem Hintergrund den Winterdienst in den Wohngebieten. Nähere Angaben erbittet er sich zu den Kosten bzw. zur Wirtschaftlichkeit der geplanten Salzlagerhalle.

Herr Merkle erläutert, eine Lagerung von Streusalz im Silo bzw. in der Lagerhalle sei für 2-3 Jahre möglich, andernfalls verklumpe es zu sehr. In einem strengen Winter würden bis zu 800 t Streusalz benötigt, in einem milden Winter lediglich 300-400 t. Die angedachte Lagerhalle solle 700 t

fassen, so dass der Streusalzbedarf eines strengen Winters gedeckt werden könne, das Salz jedoch auch nicht länger als 2-3 Jahre gelagert werde.

Auf die Anmerkung von StR Nuding stellt er fest, der Trend gehe zwar zu einem Einsatz von Flüssigsalz (Sole oder Feuchtsalz), dieses habe sich jedoch noch nicht endgültig durchgesetzt. So würden von 50 Städten derzeit lediglich 3 Städte ausschließlich Sole ausbringen. Eine Vorreiterrolle wolle er hier ungern einnehmen, solange keine ausreichenden Erfahrungswerte bestünden. Er betont, dass die Lagerhalle auch bei einem Umstieg auf diese Technik genutzt werden könne, da das Flüssigsalz zu 23-25 % aus Salz bestehe und vom Baubetriebsamt selbst angemischt würde – eine entsprechende Solemixonanlage besitze das Baubetriebsamt bereits.

Österreich helfe mit Streusalz nur aus, sofern ein Überschuss im eigenen Land bestehe und damit nur in milden Wintern. Streusalz aus dem nahen Osten sei zu feinkörnig, diesem müsse grobkörnigeres Material zugemischt werden, weshalb dessen Einfuhr ebenfalls uninteressant sei.

Er informiert weiter, um einen besseren Salzpreis zu erzielen, habe sich Biberach für die Ausschreibung bereits mit 11 anderen Städten zusammengeschlossen, die Marktmacht sei jedoch selbst bei einer Salzmenge von 11.000 t gering. Er betont, dass selbst Kommunen mit garantierten Lagermengen im Winter größtenteils nicht mehr beliefert wurden. Einen Zusammenschluss mit Warthausen oder anderen Gemeinden halte er nicht unbedingt für zielführend, da es bei Engpässen hier ebenfalls zum Streit kommen könne. Auch sei eine dezentral gelegene Salzlagerhalle aufgrund der "langen Wege" wirtschaftlich uninteressant.

Auf die Anfrage von StR Braig erläutert er, die Halle solle 15 x 20 m messen und eine Höhe von ca. 3 m erhalten. In den Baukosten von rd. 200.000 € seien auch die Bodenplatte, die Entwässerung, etc. enthalten. Der Bau der Halle sei lohnenswert und sichere eine ausreichende Streusalzversorgung Biberachs – dies werde die separate Beschlussvorlage jedoch nochmals im Detail aufzeigen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Winterdienstbericht wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der überplanmäßigen Ausgabe auf der HHSt 2.7710.940000.0 (Hochbau Baubetriebsamt) für den Abbau des alten Salzsilos und den Bau eines neuen Salzsilos in Höhe von zusammen 71.000 Euro für das Jahr 2011 wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben in Höhe von 50.000 Euro auf der HHSt 1.7710.500000.3 (Gebäudeunterhaltung) und in Höhe von 21.000 Euro durch Entnahme aus der Deckungsreserve.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 68/2011 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Merkle informiert das Gremium über die gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Kosten der Straßenreinigung. Grund hierfür sei einerseits die beschlossene und entsprechend umgesetzte Reduzierung der maschinellen Reinigung als auch die auf Eis gelegte Springerstelle. Andererseits spiele hier jedoch auch die jeweilige Witterung eine entscheidende Rolle, die zu Verschiebungen zwischen den Kosten des Winterdienstes und der Straßenreinigung führe. Er weist darauf hin, dass die maschinelle Reinigung durch das Baubetriebsamt – wirtschaftlich betrachtet -gegenüber einer Fremdvergabe leide, sofern das Gremium eine weitere Reduzierung dieser Leistung in Erwägung ziehen sollte. Das Gremium bittet er, die Folgen der derzeit auf Eis gelegten Springerstelle zu beurteilen und plädiert für deren Wiederbesetzung im Rahmen des Stellenplans 2012. Immer wieder komme es im Baubetriebsamt zu Engpässen, die unter Anderem auch durch die längerfristige Erkrankung eines Mitarbeiters bedingt seien.

StR Abele spricht den Mitarbeitern des Baubetriebsamt seinen Dank insbesondere für den verrichteten Schichtdienst aus. Er befürwortet den Einsatz eines Präsenzdienstes und betont den Stellenwert eines sauberen Stadtbildes. Bei der Reduzierung der maschinellen Reinigung als auch der zunächst nicht wiederbesetzten Springerstelle handle es sich um einen Versuch, um die Folgen einer solchen Kosteneinsparung abschätzen zu können. Eine konkrete Entscheidung hierzu sei im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Folgejahr zu treffen. Er dankt Herrn Merkle für die sehr interessanten Informationen zum Thema "Littering" und ermutigt die Stadtverwaltung, hierauf im Rahmen des Agendaprozesses ein noch größeres Augenmerk zu legen. Für diesbezügliche Kooperationen mit Schulen und Vereinen, Aktionen zur Umwelterziehung, Patenschaften, Förderung von ehrenamtlichem Engagement in diesem Bereich etc. sei die CDU-Fraktion äußerst aufgeschlossen. Insgesamt sei der Straßenreinigungsstandard in Biberach von relativ guter Qualität, auch die Hundebesitzer zwischenzeitlich wohl sensibilisiert.

Auch StR Keil dankt dem Baubetriebsamt für die geleistete Arbeit. Die SPD-Fraktion interessiere sich sehr für die Ursachen von "Littering" bzw. für die von Herrn Merkle genannte Studie zu diesem Thema. Er schlägt vor, nach einer Veranstaltung die verschmutzten Straßen und Plätze für 48 Stunden in diesem Zustand zu belassen und parallel eine Aktion als Denkanstoß für die Bürger und insbesondere auch für Hundebesitzer durchzuführen. Von entscheidender Bedeutung sei die Identifikation jedes Einzelnen mit diesem Thema. Eine saubere Stadt genieße – auch aus Sicherheitsaspekten (Scherben) einen hohen Stellenwert, weshalb sich die Fraktion gegen eine dauerhafte Einsparung der Springerstelle ausspreche. Äußerst positiv empfinde man die Einführung des Präsenzdienstes. Hierzu möchte er wissen, wie viele gelbe und rote Karten verteilt wurden und welcher Effekt dadurch erzielt worden sei.

StR Rieger stellt fest, dass vom "Littering" besonders Plätze wie der Gigelberg, der Hochbehälter am Lindele etc. betroffen seien. Ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen dem Präsenzdienst und der Straßenreinigung sei daher von besonderer Bedeutung. Insgesamt hätten die Biberacher Bürger jedoch den Eindruck, dass sich die Situation gegenüber den Vorjahren verbessert habe. Er dankt dem Baubetriebsamt und stellt fest, dass die Stadt Biberach im Vergleich zu anderen Städten einen guten Reinigungsstandard halte.

StRin Sonntag bedankt sich ebenfalls bei den Mitarbeitern des Baubetriebsamt, sieht diese jedoch an der Grenze der Leistungsfähigkeit. Sie spricht sich daher im Namen der Grünen-Fraktion dafür aus, die Springerstelle, bei der es sich um eine Stelle im unteren Lohnniveau handle, wiederzubesetzen. Den derzeitigen Kehrmaschinenzyklus trägt sie dagegen mit. Sie begrüßt die Arbeit des Präsenzdienstes sowie insbesondere auch die Sensibilisierung und Aufklärung an den Schulen und stellt fest, dass grundsätzlich das Engagement jedes einzelnen Bürgers gefragt sei.

StRin Kübler erkundigt sich, ob bei Verschmutzungen eine Verursacherhaftung für die jeweiligen (Gaststätten-)betreiber bestehe (Mc Donalds, Tankstellen). Zudem interessiert sie, ob die Verschmutzungen am Ratzengraben/ Braithweg, tatsächlich so gravierend sind, wie von den Anwohnern berichtet werde.

Herr Merkle erläutert zur Verursacherhaftung, die Betreiber seien für den Abfall, der auf dem eigenen Grundstück abgelegt werde, verantwortlich, nicht jedoch für den Müll auf der öffentlichen Verkehrsfläche. Zwar biete Mc Donalds aus Imagegründen an, die Leipzigstraße zu reinigen, erfahrungsgemäß seien die Verschmutzungen jedoch schneller vom Baubetriebsamt selbst beseitigt. Ein Brennpunkt in Sachen Abfall sei der Ratzengraben im Bereich des Übergangs unten am Bach als auch oben an den Abfallkörben. Dieser Bereich erfreue sich immer größerer Beliebtheit auch bei Müllverursachern. Er werde diesbezüglich nochmals Rücksprache mit dem Präsenzdienst halten und um vermehrte Kontrollen in diesem Bereich bitten.

Zum Einsatz und zur Effektivität der gelben und roten Karten sagt Frau Länge eine entsprechende Information an den Bauausschuss zu. Eine größere Wirkung könne hier eventuell durch das unmittelbare Verhängen von Bußgeldern erzielt werden.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

TOP 8.2 Neubau einer Kinderkrippe im Baugebiet Talfeld - Ergebnis Mehrfachbeauftragung und Beauftragung der Planungsleistungen

BM Kuhlmann informiert den Bauausschuss über den derzeitigen Planungsstand der Kinderkrippe. Der Hospital habe hierzu auf Anregung des Dezernats III einen kleinen Wettbewerb ausgeschrieben, der eine Umsetzung der Kinderkrippe in Holzbauweise vorsehe. Dies entspreche zum einem dem Wunsch der Verwaltung bzw. des Gremiums, zum anderen biete die Holzbauweise auch die Möglichkeit einer recht zügigen Realisierung. Konkret habe man 3 Büros aus dem Vorarlberg angeschrieben, allesamt Experten für die Gestaltung von Kindergärten bzw. Kinderkrippen in Holzbauweise. Von allen 3 Entwürfen sei man sehr angetan – im Detail sehe man jedoch Vorteile beim Entwurf der Johannes Kaufmann GmbH.

Herr Kopf stellt dem Gremium die unterschiedlichen Entwürfe vor. Rang 3 belege das Büro Fink-Thurnher aus Bregenz, dessen Planung Nachteile in der Grundrissgestaltung - langgezogene Gruppenräume und einen schlauchförmigen Schlafbereich - aufweise. Rang 2 gehe an die Dieterich Untertrifaller Architekten ZT GmbH, deren Entwurf dem Vorhergehenden ähnele. Zu bemängeln sei hierbei lediglich der relativ langgezogene Flur sowie der sehr knapp bemessene Eingangsbereich. Insbesondere auf einen großzügigen Eingangsbereich lege man jedoch besonderen Wert, weshalb Rang 1 an die Johannes Kaufmann GmbH aus Dornbirn vergeben wurde. Deren Planung zeichne sich durch eine großzügige Eingangshalle und vorteilhafte, nahezu quadratische Gruppenräume aus. Die spätere Erweiterung um einen Kindergarten sei als rechtwinkliger Anbau möglich. Er betont, dass sich alle Entwürfe flächen- und auch kostenmäßig im gleichen Rahmen bewegen.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

TOP 9.1 **Verschiedenes - Innenausbau der Turnhalle Rißegg**

StR Braig weist darauf hin, dass es sich bei der Halle in Rißegg um eine Mehrzweckhalle handle und erkundigt sich vor diesem Hintergrund, ob die Ausschreibung zur Vergabe der Innenausbauarbeiten auch die für Veranstaltungen notwendige Beleuchtungsschiene und Steuergeräte enthalte.

BM Kuhlmann **sagt** StR Braig eine diesbezügliche Information durch Herrn Walz **zu**.

TOP 9.2 Verschiedenes - Parkplatzsituation Bachgasse

StR Rieger regt an, in der Bachgasse beim Anwesen Keinath – am Durchgang zur Pfluggasse – für die gegenüberliegenden Parkplätze einen Spiegel anzubringen. Das Ausparken aus den zwischen den Spitalkirchen gelegenen Stellplätzen gestalte sich äußerst schwierig, da die Sicht aufgrund der Kapellen stark eingeschränkt sei.

Bauausschuss, 23.05.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

- Vorsitzender: BM Kuhlmann
- Stadtrat: Keil
- Stadtrat: Pfender
- Schriftführerin: Markieton
- Gesehen: OB Fettback
- Gesehen: EBM Wersch